

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/225

24. November 1976

Die CSU ist eine totalitär geführte Partei

Warum haben alle Angst vor diesem Franz Josef Strauß ?

Von Dr. Dieter Haack MdB

Stellv. Landesvorsitzender der bayerischen SPD und Par-
lamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Seite 1 und 2 / 57 Zeilen

Die Allianz für den Fortschritt

Zur Genfer Konferenz der Sozialistischen Internationale

Von Günter Markscheffel

Seite 3 und 4 / 77 Zeilen

Kommt es zu einer Opposition in der DDR ?

Aktuelle Fragen um Biermann, Havemann und ihre Freunde

Seite 5 bis 7 / 102 Zeilen

Chefredaktor: Dr. Erhard Eckert

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach 120 405
Postfach 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 58/39
Telefax: 02 86 846-48 cobb d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Die CSU ist eine totalitär geführte Partei

Warum haben alle Angst vor diesem Franz Josef Strauß ?

Von Dr. Dieter Haack MdB

Stellv. Landesvorsitzender der bayerischen SPD und Parlamentarischer
Staatssekretär beim Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Die Gruppe Strauß-Zimmermann-Tandler in der CSU hat mit ihrem Brief an die CSU-Funktionäre in Bayern wohl auch dem letzten bisher gutgläubigen CSU-Mitglied oder CSU-Wähler klargemacht, daß der Beschluß, eine eigene CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zu bilden, eine lange vorbereitete und im Ablauf geplante Entscheidung war. Erstaunlich ist nur, daß es erst dieses Beschlusses in Wildbad Kreuth bedurfte, um vielen Bürgern und CSU-Sympathisanten deutlich zu machen, mit welchen Methoden die CSU geführt wird und ihre Mitglieder manipuliert werden.

Die CSU-Mitglieder, vor allem Staatsminister, Staatssekretäre und Bundestags-Abgeordnete, die schon bisher die totalitäre Parteiführung von Strauß durchschauten, haben aus unerklärlichen Gründen geschwiegen.

"Ich fühle mich nicht mehr in der Lage, den permanenten Abbau demokratischer Grundsätze in der CSU gegenüber Bürgern und Wählern dieser Partei mit meinem Namen zu vertreten. Seit Jahren beobachte ich, daß der politische Willensbildungsprozeß in der CSU nicht mehr von unten nach oben, wie es der Artikel 21 des Grundgesetzes will, sondern unter scheindemokratischen Formen in umgekehrter Richtung verläuft. So wurde in Wildbad Kreuth der Wille eines einzelnen Mannes - Ihr Wille - von einer verschwindenden Minderheit blind ergebener Untertanen vollzogen." Dieser Feststellung des aus der CSU ausgetretenen Erlanger Stadtrats Claus Uhl ist nichts hinzuzufügen.

Wir bayerischen Sozialdemokraten haben seit Jahren - leider vergeblich - auf diesen Zustand hingewiesen. Gerade jetzt muß erneut gefragt werden: Wie ist es möglich, daß Franz Josef Strauß zu seiner unumschränkten Macht-

stellung kam? Wieso kann eine sich christlich nennende Partei mit stalinistischen Methoden geführt werden?

Zu dem totalitären Führungsstil von Strauß gehören z.B. neben dem CSU-Parteiorgan "Bayernkurier", das sich vom Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" in der Verkettung des politisch Andersdenkenden nicht unterscheidet, die Umstände, unter denen die Entscheidung von Kreuth zustande gekommen ist. Zum Kennzeichen totalitärer Politik gehören:

a/ Die totale Konfrontation mit dem politischen Gegner und die Ablehnung des in der Demokratie lebensnotwendigen Kompromisses (siehe Strategie von Sonthofen); b/ die Lüge (Erklärung von Strauß nach der Entscheidung von Kreuth, er habe den Beschluß nicht herbeigeführt; Kohl sei telefonisch nicht zu erreichen gewesen); c/ die Verdrehung (die CDU sei schuld an der Lösung der Fraktionsgemeinschaft) und d/ die Erledigung innerparteilicher Gegner (siehe Heubl-Dossier).

Der Kampf gegen Dr. Heubl ist im Übrigen schon ein Bestandteil der Strategie der Trennung von CDU und CSU gewesen. Mit Heubl sollte ein möglicher Spitzenpolitiker eines bayerischen CDU-Landesverbandes im voraus erledigt werden. Die CSU steht auf den Trümmern einer sogenannten christlichen Unionspolitik. Bisher hatte kein führender Politiker der CSU die Kraft und den Mut, Strauß Einhalt zu gebieten. Deshalb die Frage: Warum hatten bisher alle Angst vor Strauß? Warum gab es keine innerparteiliche Demokratie in der CSU? Können nur noch mit Affären belastete Politiker wie Dr. Zimmermann an die Spitze kommen, damit Strauß in guter (=schlechter) Gesellschaft ist?

Der von Strauß verfochtene Wahlslogan "Freiheit oder Sozialismus" entlarvt sich erneut als Wahlbetrug. Er sollte von der Unfreiheit in der CSU ablenken. Nach bisherigen Erfahrungen ist damit zu rechnen, daß Strauß die Mehrheit der CSU - mit welchen Methoden auch immer - erneut hinter sich bringt. Die bayerischen Wähler werden dann zu beweisen haben, daß sie Demokraten sind und sich nicht alles bieten lassen.

Und noch ein Rat an die CSU: Wenn sie die Parteienlandschaft in der Bundesrepublik ändern will, dann sollte sie gleich - was längst überfällig ist - ihren Parteinamen ändern. Das "C" ist nicht nur nach den Ereignissen der letzten Tage eine Verhöhnung elementarer christlicher Grundsätze und Moralvorstellungen.

(-/24.11.1976/vp/pr/ee)

+ + +

Die Allianz für den Fortschritt

Zur Genfer Konferenz der Sozialistischen Internationale

Von Günter Markscheffel

Die für den 26. November bevorstehende Wahl des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt zum Präsidenten der Sozialistischen Internationale ist nicht nur Ausdruck der politischen und persönlichen Anerkennung seiner Leistungen für die deutsche und internationale Politik; sie ist zugleich ein sichtbares Zeichen für das hohe Ansehen, das die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bei allen dieser Weltorganisation des demokratischen Sozialismus angehörenden Parteien genießt.

Willy Brandt tritt das Amt als Präsident der Sozialistischen Internationale zu einer Zeit an, da sich große geistige, politische und wirtschaftliche Veränderungen in der Welt abzeichnen. Die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Aufteilung der Welt in zwei Machtblöcke ist im Begriff, einer Neugruppierung der Kräftefelder zu weichen. China wurde zur dritten Weltmacht, und die in der jüngsten Vergangenheit unabhängig gewordenen Staaten Afrikas und Asiens suchen, über viele schmerzliche Erfahrungen hinweg, den Weg zu einer ihrer historischen Entwicklung entsprechenden eigenen Lebensform. Früher arme und kaum beachtete Völker schicken sich dank ihrer großen Rohstoffvorkommen an, ein gewichtiges Wort bei den Auseinandersetzungen um eine ausgewogenere Ordnung in der Welt mitzusprechen. Die Staaten Lateinamerikas mit ihren alten und stolzen Kulturen, viele von ihnen ebenfalls reich an Rohstoffen, stehen im Kampf um ihre wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit.

Europa, der Geburtskontinent der Sozialistischen Internationale hat, soweit es nicht im Machtbereich der kommunistischen Diktaturen liegt, den Weg der Einigung beschritten. Die Parteien des demokratischen Sozialismus bilden hier eine über die nationalen Grenzen reichende Einheit, die gerade jetzt sich anschickt, ein gemeinsames Programm für die Direktwahlen zum Europäischen Parlament zu erarbeiten. Vor diesem Hintergrund stellen sich dem Präsidenten der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, und damit der SPD sowie ihren Bruderparteien bedeutsame Aufgaben.

Der demokratische Sozialismus, international repräsentiert durch die Sozialistische Internationale, ist aufgerufen, überall dort gegenwärtig zu sein, wo das Recht, die Freiheit und der Friede in Gefahr geraten, verletzt zu werden. Hierbei kann sich der demokratische Sozialismus auf das Wollen und die Sehnsucht von Millionen seiner Anhänger in vielen Nationen stützen, die eine Weltordnung der Solidarität erstreben.

Als vor Jahresfrist anlässlich des SPD-Parteitages in Mannheim die Vertreter von über 40 Parteien des demokratischen Sozialismus aus Afrika, Asien

und Europa zu einer Diskussion über ihre Ziele zusammentrafen, konnte festgestellt werden, daß über alle durch die Politik der Nationalstaaten bedingten Schwierigkeiten hinweg eine übereinstimmende Vorstellung von den gemeinsamen Aktivitäten besteht. Auch bei einem Treffen demokratischer Parteien in der Karibik zeigte sich das gleiche Bild:

1/ Konflikte müssen auf friedliche Weise ausgetragen werden, weil gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Völkern oder Bevölkerungsgruppen keines der die Nationen bedrängenden Probleme lösen; 2/ die Schwierigkeiten, die zwischen den Industriestaaten, den rohstoff-reichen und den rohstoff-armen Staaten bestehen, müssen im Geiste des Beistandes und der weltweiten Solidarität überwunden werden, weil jeder andere Versuch, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden, neues Unglück über alle Völker bringen würde; 3/ nur die gesicherte Freiheit und das gesicherte Recht für alle Individuen und alle Gruppen einer Gesellschaft, geben den Völkern die Hoffnung, einer Welt in Frieden entgegensehen zu können.

Dies ist die Grundlage, von der ausgehend die Sozialistische Internationale, ohne ein "Machtfaktor" im Sinne der sogenannten Realpolitik zu sein, ihre Aktivitäten zu entwickeln hat.

Daß ein deutscher Sozialdemokrat als Repräsentant der stärksten demokratischen Partei im freien Deutschland, nunmehr den Auftrag erhält, die vielfachen Ströme sozialdemokratischen Willens in der Welt zu koordinieren, ist ein großartiger Vertrauensbeweis für alle wirklichen demokratischen Kräfte in unserem Land. Willy Brandt betrachtet diesen Vertrauensbeweis als Verpflichtung zu einer internationalen Politik, deren Inhalt er als "Allianz für den Fortschritt" charakterisiert hat. Es gilt, überall dort, wo der demokratische Sozialismus Einfluß nehmen kann, veraltete und meist längst schon verkrustete Formen des Verkehrs der Völker und Nationen untereinander abzubauen, Verständnis für die Sorgen des anderen zu wecken und Wege aufzuzeigen, auf denen sich der soziale und geistige Fortschritt frei entfalten kann.

Männer wie Willy Brandt und die Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale - unter ihnen Olof Palme, Dr. Bruno Kreisky, François Mitterrand, Harold Wilson, Dr. Mario Soares, Leopold Senghor, Izak Rabin und Jup den Uyl - kennen nur zu gut die zahlreichen Widerstände, die hierbei zu beachten sind. Sie geben sich nicht der Illusion hin, allein durch Appelle an die Vernunft der Mächtigen Entscheidendes bewirken zu können. Harte Arbeit, das Einbringen von Erfahrungen und die praktische Solidarität mit den wegen ihres Kampfes um Freiheit und Fortschritt Bedrängten werden von den Verantwortlichen der Sozialistischen Internationale gefordert sein. Dieser Forderung gerecht zu werden, ist ihre Aufgabe in Gegenwart und Zukunft.

(-/24.11.1976/va/pr/ee)

+ + +

Kommt es zu einer Opposition in der DDR?

Aktuelle Fragen um Biermann, Havemann und ihre Freunde

Oberflächlich betrachtet scheint es, als sei die Ausbürgerung Wolf Biermanns die Geburtsstunde einer neuen Opposition in der DDR. Den langen Listen der Zustimmenden, die das "Neue Deutschland" veröffentlichte, bis der "große Stop" eintrat, kann man fast ebenso lange Listen der Protestierenden gegenüberstellen, von der großen Zahl schweigender Oppositioneller gar nicht zu reden. Der Riß geht quer durch den Kulturbund und den Verband der Theaterschaffenden, die zusammen 200.000 Mitglieder umfassen sowie durch den Schriftstellerverband mit seinen 1.000 Mitgliedern.

Auf Seiten der Protestierenden finden sich so bekannte Namen wie die Schriftsteller Stephan Hermlin, Stefan Heym, Christa Wolf, Volker Braun, Günter Kunert, Franz Fühmann, Sarah Kirsch und Ulrich Plenzdorf, die Schauspieler Jutta Hoffmann, Angelika Domröse, Manfred Klug und Hilmar Thate. Auf Seiten der mehr oder minder eindeutigen Befürworter der Ausbürgerung stehen nicht weniger bedeutende Persönlichkeiten: der alte "Arbeiter Sänger" Ernst Busch, der zu Zeiten Ulbrichts schon oft auf der Ausschlußliste der SED stand, die Schriftsteller Ludwig Renn, Hermann Kant, Bernhard Seeger und Otto Gotsche, die Komponisten Paul Dessau und Joachim Werzlau, zahlreiche Schauspieler, Künstler und Wissenschaftler. Und zwischen den Gruppen, in einer Position, die nicht minder halbscherisch ist, wie die der Protestanten, stehen die Präsidentin des Schriftstellerverbandes, Anne Seghers, und die Chansonsängerin Gisela May. Anne Seghers übernahm einfach die Erklärung Biermanns, daß sie "in der DDR leben und arbeiten möchte", Gisela May sagte nach dem "Spiegel" Biermann "nicht öffentliche Unterstützung" zu.

Wird aus dieser Spaltung der Kulturschaffenden eine neue Opposition gegen die Ostberliner Staats- und Parteiführung entstehen? Volker Braun hat sich bereits gegen eine solche Auslegung seiner Erklärung gewandt. Bisher einte diese "Opposition" nur eines: der Protest gegen die Ausbürgerung Biermanns. Grundsätzliche Kritik an der darin zum Ausdruck kommenden Politik der SED hat außer Havemann nur der deutschsprachige, aber schwedi-

dische Staatsbürger Peter Weiß geübt. Eventualien Anfängen eines organisatorischen Zusammenhalts dieser "Opposition" - sei es auch nur durch das Sammeln von Unterschriften - ist der Datterliner Staatssicherheitsdienst offenbar durch die Verhaftung einiger besonders aktiver Protestanten zuvorgekommen.

Bleibt als ruhender Pol in der Oppositionsfront Biermanns Freund Robert Havemann. Der einst von den Nazis zum Tode verurteilte Wissenschaftler gilt seit seiner Abkehr vom Stalinismus als Sprecher eurokommunistischer Strömungen in der DDR. Als er noch an der Humboldt-Universität lehrte, hatte die Direktorin der SED-Parteihochschule, Hanna Wolf, die Frage aufgeworfen: "Warum müssen wir zulassen, daß er wie Sokrates unsere Jugend verdirbt?" Vom Schierlingsbecher sprach sie noch nicht - damals. 1964 wurde er aus der SED ausgeschlossen und seiner Ämter enthoben. 1968 ergriff er für Dubček Partei; seine beiden Söhne wurden wegen öffentlicher Solidarisierung mit den Prager Reformern verurteilt. Heute lebt er von einer Rente als "Opfer des Faschismus", gut bewacht von einem halben Dutzend Geheimagenten, die ihm während eines Urlaubs Mikrophone in die Wohnung eingebaut haben.

Havemanns Programm: Schon 1965 hatte er die Frage aufgeworfen, weshalb es in der DDR nicht "eine parlamentarische Opposition geben" könne: ein Vorkämpfer des heutigen Pluralismus der Eurokommunisten also. In seiner vor sechs Jahren veröffentlichten Autobiographie forderte er Freiheit der Rede, der Information, der Wahl des Arbeitsplatzes und der Arbeit, der "Bildung von Vereinigungen, Organisationen und Parteien". Für die DDR prophezeite er eine "zweite revolutionäre Phase - den Übergang zur sozialistischen Demokratie". 1970 hatte er noch geschrieben: "Die Zukunft Deutschlands wird in der DDR und nicht in der BRD entschieden." Sechs Jahre später hat er in seinem neuesten Werk diese Meinung zwar nicht grundsätzlich geändert, aber über die "Diktatur des Proletariats" in der DDR fällt er das mit Biermann übereinstimmende Urteil: "Wir haben in der DDR die Diktatur einer Clique von Parteifunktionären, einer Bürokratie, einer Parteibürokratie."

Im Grund ruht auf Biermann und Havemann seit Jahren die "Opposi-

tion" in der DDR. Aber immerhin hat Havemann 1975, als er dem in die Bundesrepublik übergesiedelten Ernst Bloch gratulierte, darauf hingewiesen, daß außer Biermann und ihm noch "viele andere" zu den Gratulanten gehören, "deren Namen ich nicht nennen kann, weil ihre Namen hier noch genannt werden dürfen". Aber sind das nun die Namen derer, die heute für Biermann eintreten? Zunächst ist zu erwarten, daß einige von ihnen, wie bisher schon Fritz Gremer und Ekkehard Schall, unter dem Druck von Seiten des Staatssicherheitsdienstes ihre Unterschriften zurückziehen werden. Ob der Rest bereit ist, die prinzipielle Bedeutung dieses Falles beim Namen zu nennen und entsprechende Konsequenzen zu ziehen, muß man abwarten. Vergleicht man jedenfalls den Bekannten- und Sympathisantenkreis Havemanns und Biermanns mit der Opposition in den 50er und 60er Jahren - Karl Schirdewan, Zeißer-Herrnstadt, Wolfgang Harich und viele andere -, dann nimmt sich die heutige Gruppe der "Opposition" in der DDR eher bescheiden aus.

Ob die Studenten, die angeblich in Universitäten und Betrieben Unterschriften für Biermann sammelten, die bisher fehlende Basis in der Arbeiterschaft ausfüllen werden, ist fraglich. Bisher haben jedenfalls die DDR-Arbeiter die Opposition Havemanns und Biermanns eher als ein mutwilliges, wenn auch mutiges Spiel von Intellektuellen betrachtet. Beachtlich ist allerdings der Hinweis Biermanns, daß die Berliner Konferenz der kommunistischen Parteien Europas die Parteimitglieder aufgeschlossener als bisher für kritische Fragen gemacht hat. Möglich auch, daß diese Opposition Zuzug aus dem Kreis der angeblich in die Hunderttausende gehenden DDR-Bürger bekommt, deren Anträge auf freiwillige "Ausbürgerung" abgelehnt werden. Sie dürften zusammen mit den gegen Biermanns Ausbürgerung protestierenden Intellektuellen und den durch den Vormarsch des Eurokommunismus kritischer gewordenen Parteimitglieder den Nährboden für eine neue Opposition in der DDR abgeben.

Walter Daten
(-/24.11.1976/bgy/pr)

+ + +

x

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller